



christodorny

Sattes Diätenplus für Abgeordnete

Die Diäten der Bundestagsabgeordneten steigen um 6 Prozent – das größte Plus seit fast 30 Jahren. Der BdSt fordert ein Stopp-signal der Politik.

Wie vom BdSt schon Ende 2023 prognostiziert, steht den Bundestagsabgeordneten zum 1. Juli dieses Jahres eine historische Diätenanhebung ins Haus. Nach Bekanntgabe durch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) sollen alle 734 Abgeordnete jeweils 635,50 Euro im Monat mehr erhalten – ein Plus von 6 Prozent, die Diäten steigen auf 11.227,20 Euro! Dahinter steckt ein Vollautomatismus; der die Höhe der Diäten an die Entwicklung des Nominallohnindex des Vorjahres koppelt, der die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft widerspiegelt – inklusive gewährter Sonderzahlungen. Aufgrund der hohen Tarifabschlüsse 2023 hatte sich eine Rekord-Erhöhung der Diäten bereits abgezeichnet.

Mehr Transparenz nötig

Die Folge: Für die satte Diätenanhebung müssen die Parlamentarier gar nichts tun, denn sie haben schon zu Beginn der Legislaturperiode dafür gestimmt, den Diätenautomatismus beizubehalten. Dadurch findet keine Diskussion, keine Aussprache oder Erklärung im Bundestag gegenüber der Bevölkerung mehr statt!

Da die Volksvertreter hier in eigener Sache entscheiden, wären Transparenz und mehr Begründung in Form eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens umso wichtiger. Ein Automatismus leistet diese Verpflichtung jedoch nicht und ist dem Hohen Haus – demokratisch gesehen – nicht würdig.

Politik muss ein Signal setzen

Auch mit Blick auf die Schieflage der Bundesfinanzen steht die Politik in der Verantwortung – auch mit der eigenen Geldbörse. Deshalb sollten die Abgeordneten jetzt noch manuell eingreifen und die Rekordanhebung ihrer Diäten stoppen – beispielsweise in Form einer Diäten-Anhebung nur um die Hälfte oder sogar einer Nullrunde. Eine solche Entscheidung wäre schnell umgesetzt und könnte sofort wirken. Wenn sich die Abgeordneten ihre Diäten Mitte 2024 nur um 318 statt 635 Euro erhöhen würden, ergäbe sich – auf ein Jahr gerechnet – eine Entlastung des Bundesetats von 2,8 Mio. Euro, bei einer Nullrunde sogar von knapp 5,6 Mio. Euro.

Diese Forderung mit weiteren Hintergründen zur Diätenpolitik finden Sie in unserem aktuellen „BdSt-Sparbuch für den Bundeshaushalt 2024“. Neben einer kritischen Haushaltsanalyse hat der BdSt 30 konkrete Sparvorschläge für den Bundesetat recherchiert.

Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de

Impressum

Der Steuerzahler, 75. Jahrgang, Juni 2024

Herausgeber
Reiner Holznapel

Redaktion
J. Berg (Chefredakteurin), H. Filz,
Reinhardtstraße 52, 10117 Berlin,
www.steuerzahler.de,
presse@steuerzahler.de

Ständige Mitarbeiter
M. Ehrentreich, D. Karbe-Geßler, M. Kasseckert,
S. Panknin, S. Schütz, M. Warneke

Konzeption & Gestaltung
J. Holz, A. Hetzel, www.diegestalten.com, Mainz

Titel: J. Holz, A. Hetzel

Druck & Versand
Dierichs Druck Media GmbH & Co. KG,
Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Verlag
BdSt Steuerzahler Service GmbH
Haus der Bundespressekonferenz, Raum 4309
Berlin Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Verleger & Anzeigenleitung
Julia Berg (verantwortlich)
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag zum Bund der Steuerzahler abgegolten. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen keine Gewähr.

Der Gesamtauflage dieser Ausgabe liegt ein Beihefter der Firma Lexware bei.

Für alle Fragen rund um Ihre Mitgliedschaft wenden Sie sich bitte direkt an Ihren Landesverband:

Baden-Württemberg: 0711-767740
Bayern: 089-1260080 Berlin: 030-7901070
Brandenburg: 0331-747650 Hamburg: 040-330663
Hessen: 0611-992190
Mecklenburg-Vorpommern: 0385-5574290
Niedersachsen und Bremen: 0511-5151830
Nordrhein-Westfalen: 0211-991750
Rheinland-Pfalz: 06131-986100 Saarland: 0681-5008413
Sachsen: 0371-690630
Sachsen-Anhalt: 0391-5311830 Schleswig-Holstein: 0431-563065
Thüringen: 0361-2170790

